

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Wochentagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreise: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Lieferung durch die Posten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich Vorauszahlung. Einzelnummern 10 Pf. Alle Vorkosten werden bei Abnahme der Bestellungen entrichtet. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen behält kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenannahme eingeleitet. —

Anzeigenpreise: die 8-spaltige Hauptzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf., die 3-spaltige Reklamzeile im täglichen Teile 1 Reichsmark, Nachverdingungsgebühr 20 Reichspennen. Besondere Anzeigen werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 (für die Nachrichten der Stadt Wilsdruff) oder Nr. 10 (für die Nachrichten der Stadt Dresden) entgegengenommen. —

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 133. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 10. Juni 1927

36 Punkte.

Am Montag tritt der Völkerbundrat wieder einmal zu einer Tagung in Genf zusammen und er wird sich nicht darüber beklagen können, allzu wenig Beratungsmaterial zu haben. Zweifellos wird aber auch jetzt wieder das Schwergewicht der Besprechungen gar nicht im Völkerbundrat liegen, sondern in den Zusammenkünften der drei Außenminister Chamberlain, Briand und Stresemann. Allerdings haben wir Deutsche auch an mehreren Punkten von den sechsunddreißig, die zur Beratung stehen, ein besonderes Interesse, vor allem natürlich daran, was aus der Frage der deutschen Ostensicherung werden soll. Paris drängt darauf, daß nach dem Ausbruch der Krise die Kontrolle durch eine Kommission von Ententeoffizieren erfolgen soll, und droht damit, Polen zu veranlassen, daß dieses an der deutschen Ostensicherung ganz besonders interessierte Land in Genf den Antrag stellt, die berichtigte Untersuchungskommission des Völkerbundes, an deren Spitze ein französischer General steht, für die Kontrolle in Bewegung zu setzen. Ob der deutsche Vorschlag, eine neutrale Macht mit der Prüfung zu beauftragen, durchgehen wird, ist sehr fraglich; außerdem macht Paris die ganze Angelegenheit zu einem Handelsgeheimnis, indem man ein deutsches Nachgeben in dieser Frage durch eine Verminderung der Besatzungsstärke im Rheinland beantworten will. Davon kann natürlich keine Rede sein, weil anlässlich des Abchlusses des Vertrages von Locarno die Besatzungsmächte ausdrücklich zugesagt haben, die Besatzungsstruppen auf die Stärke zurückzuführen, die der Stärke der deutschen Garnisonen vor dem Kriege entspricht. Diese einzige Konzession aus dem Jahre 1925 ist aber nicht erfüllt worden, soll jedoch zum zweitenmal von Deutschland erkaufte werden. Wir haben das Vertrauen verloren, das auf der Gegenseite Versprechungen, die man gegeben hat, auch eingelöst werden.

In Berlin rechnet man schon damit, daß auch eine zweite Frage, an der wir Deutsche besonders interessiert sind, nicht zur Verhandlung kommen wird. Das ist die große Denkschrift, die deutschseits dem Völkerbund über die zahllosen Verletzungen des Memelstatuts durch Litauen überreicht worden ist. Bekanntlich hat dieses Vändchen regen eine Verhandlung über diese Denkschrift provoziert, weil es angeblich nicht in der Lage sei, das notwendige Gegenmaterial seinerseits zusammenzubringen. Nach den Erfahrungen, die Deutschland bisher in Genf gemacht hat, werden wir damit rechnen müssen, daß diesem Proteste Litauens seitens des Völkerbundrates nachgegeben wird.

Aber das Schwergewicht liegt doch wieder außerhalb der offiziellen Besprechungen, und da gibt es Fragen genug, die von den drei Außenministern erörtert werden können. Freilich fragt es sich, ob diese Erörterungen überhaupt stattfinden werden. Mit kaltem Hohn hat man es in Paris abgelehnt, die Frage der Rheinlandräumung oder auch nur die Frage einer Verminderung der Besatzungsstruppen zum Gegenstand solcher Beratungen in Genf zu machen; die Zeit dazu sei noch nicht gekommen. Gewiß hat sich das Schwergewicht der europäischen Politik jetzt vom Rhein nach der Weichsel verlegt und Polen ist nur allzu gern bereit, das Spiel Frankreichs zu treiben. Unser deutscher Vertreter in Genf hat nicht das geringste Interesse daran, sich der Politik Frankreichs zu unterwerfen, die deutlich darauf abzielt, für eine Rheinlandräumung nicht bloß Konzessionen in Form der Erhaltung einer irgendwie gearteten Kontrolle in jenem Gebiete zu erzielen, sondern die Frage der Räumung grundsätzlich zu verknüpfen mit einem Ostlocarno, also der Erhaltung des Zustandes, wie ihn der Versailler Vertrag an unserer Ostgrenze herbeiführt hat.

Der „Temps“ hat vor einigen Tagen geschrieben, es müsse im Hinblick auf die Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung verhindert werden, daß Dr. Stresemann mit einem Erfolge in der Lausanne Konferenz zurückkehrt. Die französische Zeitung ist im Irrtum; die Vorklagen, die er erhebt, sind nicht parteipolitisch einseitig, sondern sind Allgemeinergüt des ganzen Deutschland.

Byrd will nach Paris und zurück fliegen

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Newport. Kommandeur Byrd, der den dritten transatlantischen Flug plant, will mit zwei Begleitern nach Paris fliegen, von wo er nach zwölf Stunden Aufenthalt ebenfalls auf dem Luftwege nach Newport zurückkehren will.

Die Unruhen in Indien niedergeschlagen

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.
London. Wie aus Simla berichtet wird, sind im Laufe der Unruhen an der Nordwestgrenze Indiens ungefähr 30 bis 50 Unruhestifter getötet worden. Die Bewegung scheint im wesentlichen unterdrückt zu sein, so daß ein Teil der britischen Truppen wieder zurückgezogen worden ist.

Rußland klagt England an

Folgen des Warschauer Attentats.

Polen lehnt die Verantwortung ab.

Ganz Rußland befindet sich in großer Erregung infolge der Ermordung des russischen Gesandten Wostkow in Warschau. Aus Charkow, Kiew, Odessa, Tiflis, Swerdlow und Kiew werden zahlreiche Protest- und Kundgebungen gemeldet. In Moskau nahmen an den Demonstrationen mehrere 100 000 Personen teil. Besonders groß waren die Kundgebungen vor dem Gebäude des Außenministeriums. Die Vorwortsfrage, in der sich die polnische Mission befindet, war durch verhängte Militärausposten abgesperrt. Die angenommenen Entschuldigungen haben hervor, daß die Ermordung Wostkows in engem Zusammenhang mit der sowjetfeindlichen Politik Englands stehe, und weisen darauf hin, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord trage. Sie verlangen strenge Bestrafung des Mörders und Aufhebung der weißgardistischen Organisationen in Polen.

Das gesamte diplomatische Korps in Moskau stürzte Besuche im Außenministerium ab und sprach der russischen Regierung ihr Beileid aus. Der auf Urlaub weilende deutsche Gesandte Graf Brockdorff sandte ein Beileidstelegramm.

Die Sowjetregierung gegen England.

Die Sowjetregierung hat eine Veröffentlichung erlassen, in der sie scharfe Angriffe gegen England erhebt und sagt:

Die Ermordung Wostkows ist ein Glied in einer ganzen Kette von Ereignissen, die in ihrer Gesamtheit eine immer stärkere Bedrohung des Friedens bedeuten. Diese Bedrohung wird immer greifbarer, ungeachtet der außerordentlichen Bemühungen der Sowjetregierung, den



Der ermordete russische Gesandte Wostkow.

Frieden zu erhalten. Bei dem frevelhaften Mord an Wostkow, der auf eine ganze Reihe direkter und indirekter Angriffe der englischen Regierung auf Sowjetinstitutionen im Ausland und auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Großbritannien folgte, hält es die Sowjetregierung für notwendig, eine Reihe anderer Tatsachen bekanntzugeben, welche die Arbeit der englischen Regierung und ihrer Organe auf dem russischen Boden kennzeichnen.

Es werden nun eine Menge von Einzelheiten aufgeführt, so die Verhaftung eines Angestellten des englischen Geheimdienstes bei der Überschreitung der russischen Grenze und seine Geständnisse, daß ihm von der englischen Regierung Instruktionen zur Organisation von Attentaten usw. erteilt seien, ferner die Beteiligung von Attentaten auf verschiedene hohe Sowjetbeamte, deren Urheber in unmittelbarer Verbindung mit dem Leiter der Konsularabteilung der englischen Mission in Moskau gestanden haben sollen. Daraus wird der Schluß gezogen, daß England in allen Fällen die treibende Kraft ist. Auch habe bei dem Mord Wostkows die englische ministerielle Presse den Mörder direkt gerechtfertigt. Ebenso seien Brandstiftungen in Fabriken, Werken und Militärmagazinen Rußlands, ebenfalls durch England angezettelt, aufgedeckt worden. Demnach, sagt die Veröffentlichung weiter, sei es klar, daß die englische Regierung bestrebt sei, die friedliche Arbeit der Völker der Sowjetunion zu föhren. Die Sowjetregierung verteidige ihre Position friedlicher Arbeit und Aufbau.

Sie halte es für ihre heilige Pflicht, vor der ganzen Menschheit und in erster Reihe vor den Völkern ihres eigenen Landes die sowjetfeindliche Politik des britischen Kabinetts und seiner Agenten aufzudecken.

In die werktätige Bekämpfung richte die Regierung

den Aufruf, die Fabriken, Berge, Niederlagen, Stationen usw. vor ausländischen Spionen, Brandstiftern und Mördern nebst deren monarchistischen und weißgardistischen Verbündeten zu schützen.

Ruhige Antwort Polens.

Das polnische Außenministerium hat die Antwort auf die russische Note, die wegen der Ermordung des Gesandten Wostkow an Polen gerichtet worden ist, ausgearbeitet. Die polnische Note wird sofort durch den polnischen Gesandten in Moskau übergeben werden. Wie die Warschauer Presse erfährt, ist die Note in ruhigem Ton gehalten. Sie weist die Vorwürfe zurück, die in der russischen Note enthalten sind. Insbesondere wird der Passus widerlegt, in dem die russische Note von einer Verantwortung der polnischen Regierung für den an Wostkow verübten Anschlag spricht.

Die polnische Presse weist ebenfalls die in der russischen Note vorgebrachte Anschuldigung zurück. Das Blatt der Anhänger Marschall Pilsudskis tut das in sehr entschiedenem Ton und spricht von einem Versuch, aus dem Unglück politische Argumente zu schmieden. „Głos Prawdy“ betont mit allem Nachdruck, daß sämtliche russischen Vorwürfe auch nicht den Schatten der Berechtigung hätten. Dem Vorwurf, daß die polnische Regierung die Tätigkeit der Gegenrevolutionäre, der russischen Terroristen nicht gehörig unterbunden habe, begegnet „Kurjer Poranny“ mit der Bemerkung, daß die in ganz Europa und auch in Polen lebenden Emigranten ein Ergebnis der Sowjetpolitik darstellten.

Zur Zusammenfassung mit der Ermordung Wostkows wurden in Warschau sechs und in Wilna 24 russische Emigranten verhaftet. In Wilna ist man unter den russischen Emigranten einer monarchistischen Geheimorganisation auf die Spur gekommen. In anderen Ortschaften des Wilnagesbietes wurden bisher 15 Personen verhaftet. Bei den Hausdurchsuchungen wurden große Geldbeträge und monarchistisches Propagandamaterial, das für das Ausland bestimmt war, gefunden.

Die Leiche des ermordeten Wostkow

Im Audienzsaal der Warschauer Sowjetgesandtschaft aufgebahrt. Ununterbrochen finden Beileidsbesuche in der Gesandtschaft statt. Es erschienen u. a. der polnische Minister des Äußeren, Jalecki, und andere Regierungsmitglieder, die Mitglieder des diplomatischen Korps, Vertreter der Behörden, der Industrie und Personen aus allen Kreisen der Bevölkerung Warschaus. Die Leiche wird am Freitag morgen nach dem Hauptbahnhof gebracht und von dort mit einem Sonderzug nach Moskau übergeführt.

Aus Moskau ist eine Delegation des Außenministeriums mit dem Mitglied des Kollegiums Aralow an der Spitze der Leiche Wostkows entgegengefahren.

Der Mörder Kowerd a war Mitglied einer monarchistischen Geheimorganisation und hat allem Anschein nach in ihrem Auftrage gehandelt. Kowerd a hält sein ursprüngliches Geständnis, daß er das Attentat aus ideellen Gründen begangen habe, aufrecht; er will er keine näheren Angaben über seine ideellen Gründe machen.

Russische Feststellungen zu dem Gespräch Stresemann-Tschischewin.

Zu den in mehreren Blättern aufgetauchten Mitteilungen, der Volkstommissar für Äußeres, Tschischewin, habe in seiner Unterredung mit dem Außenminister Stresemann sich dahin geäußert, der Warschauer Mord werde keinesfalls zu einer Trübung der Verhältnisse zwischen Polen und der Sowjetunion beitragen, wurde von maßgebender russischer Seite in Berlin bekanntgegeben, daß der Volkstommissar Tschischewin keinerlei Äußerungen bezüglich der möglichen Ergebnisse der Untersuchung und der Folgen des Warschauer Mordes getan hat.

Neue Attentate in Rußland.

Aus Wladiwostok wurde nach Moskau gemeldet, daß zwischen den Stationen Schabanowitsch und Wladiwostok eine Dräse verunglückte, auf welcher der stellvertretende Beauftragte des weißrussischen Militärbezirks, Opanski, einen der Spionageverdächtigen Offiziere des polnischen wegeimoiennzes, namens Jani, abtransportierte. Opanski und der Führer der Dräse wurden getötet, zwei Begleiter Opanskis schwer verwundet.

In später Abendstunde betrat ein Unbekannter den Saal des Geschäftsclubs, in dem eine Sektion des Lenin-Grader Diskussionsklubs der Kommunistischen Partei eine Mitgliederversammlung abhielt, und warf eine Bombe. Gleich darauf wurde von einem anderen Unbekannten eine zweite Bombe geworfen. Durch die Explosion wurde der Raum zerstört und 26 Teilnehmer von der Versammlung erheblich verwundet, so daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die beiden Täter entkamen.